Berlin. Dem Wunsche des Königs von Bruniab, sein Gebiet unter deutsches Protektorat zu stellen, konnte nicht entsprochen werden, da Ansprüche seiten Frankreichs vorhanden sind, dagegen wurde das von den Flüssen von Bruniab und Dubreca umgrenzte Land unter deutsches Protektorat gestellt.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung. Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss.
Hofphotograph,
Dresden,
Kaufhaus, Seestr. 10,
Berlin,
Leipzigerplatz 12.

Maskengarderobe-Magazin I. Ranges
Math. Klemich, Seestraße 2, II.,
für Herren und Damen.
Dominos in den brillantesten Abendfarben. Aufträge nach auswärts prompt, Preiscourant gratis.

Gardinen-Fabrik
von Ed. Doss i. Auerbach i. V., Special- u. Hauptgesch.
Dresden. Waisenhausstr. 25 (Victoria-Salon),
empfiehlt Sächsische, Englische und Schweizer Gardinen, weiss und crème, das Fenster v. 3 bis 100 Mk. Mustersendungen nach auswärts bereitwilligst.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren und Damen
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2, part. und erste Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Adolf Helm liefert die feinsten Oberhemden, Kragen und Manschetten. **Webergasse 32.**

Nr. 34. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 3. Februar: Auffrischender Südwestwind. Zunehmende Bewölkung, feine oder geringe Niederschläge, etwas kälter.

Dresden, 1885. Dienstag, 3. Febr.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Wenn eine Staatsgewalt die eingeschlagene Sozialpolitik praktisch, wirksam und mit Aussicht auf Erfolg betreiben will, wird sie zielbewußt gleichzeitig zwei Richtungen ins Auge zu fassen haben: einmal die Niederhaltung der auf Umsturz gerichteten Bestrebungen, zum Anderen die Befriedigung gerechter, ausführbarer Forderungen der lediglich auf ihre Arbeitskraft angewiesenen Bevölkerungsklassen. Die einseitige Unterdrückung revolutionärer Pläne ohne gleichzeitige wirthschaftliche und soziale Reformen vermehrte nur die Zahl der mit ihrer Lebenslage Unzufriedenen und triebe sie in das Lager der Umsturzparteien und Verschwörer. Die bloße Inangriffnahme von Maßregeln zur Verbesserung der wirthschaftlichen, geistigen und sittlichen Zustände breiter Bevölkerungsschichten — ohne die Niederkämpfung unterirdischer Zerstörungsgewalten würde Staat und Gesellschaft, Ordnung und Kultur, zum nicht geringsten Theile aber das rühmliche Reformwerk selbst, der äußersten Gefährdung preisgeben. Seit das deutsche Reich mit der unheilvollen Freihandelspolitik gebrochen und sich durch positives Eingreifen in die volkswirthschaftliche Entwickelung der Pflege des Volkswohlstandes widmet, sehen wir daher auch die Sozialpolitik des Reiches nach beiden gedachten Richtungen hin thätig. Und es war ein günstiger Zufall, daß am vorigen Sonnabend in derselben Reichstagssitzung unmittelbar hintereinander die Maßregeln berathen wurden, die das Reich nach der schöpferischen Seite der Sozialreform, sowie behufs der Abwehr der Umsturzbestrebungen ergriffen hat. Zuerst hatte der Reichstag die beiden Gesetze berathen, welche die Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter der Großindustrie auf die Transportgewerbe und die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter ausdehnt. Damit treten zu den 3 Millionen Arbeitern der Großindustrie noch 800,000 von den Transport- und verwandten Gewerben, sowie über 7 Millionen von in Land- und Forstwirthschaft beschäftigte Personen. Wenn, wie es demnächst bevorsteht, der Bundesrath auch noch die Maler, Glaser, Tüncher, Gypser, Stuccateure, Klempner, Blitzableiterleger und andere Bauhandwerker für versicherungspflichtig erklärt, werden zwischen 11—12 Millionen Arbeiter beiden Geschlechts der Wohlthaten der Kranken- und Unfallversicherung theilhaftig sein. Es ist etwas Großes, ein begeisternder Gedanke und ein herrliches Werk, daß die weit überwiegende Mehrheit aller von ihrer Hände Arbeit lebenden Deutschen für sich wie für ihre Angehörigen geschützt sind gegen die wirthschaftlichen Folgen bei ihrem Erwerbsberufe, befreit von der Demüthigung, in solchen trüben Fällen der Armenpflege anheimzufallen. Dieses große Werk ist keineswegs vorwurfsfrei, es leidet an Mängeln in seiner Anlage wie Ausführung; Verbesserungen und Ergänzungen sind theils angekündigt, theils schon im Anzuge; man kann auch mit Fug die Frage aufwerfen: ob es nicht rationeller gewesen wäre, zuerst an die gesunden Arbeiter, an den besseren Schutz ihrer Arbeitskraft zu denken und erst dann für die krank und unfähig werdenden Arbeiter zu sorgen? Nachdem aber diese Reihenfolge der sozialen Reformen beliebt ist, kann jeder gute Deutsche ohne Ruhmredigkeit bekennen: in keinem anderen Kulturstaate existirt ein ähnliches rühmliches Unternehmen — bauen wir weiter auf diesem Boden friedlicher Reformen! Den guten Willen wenigstens bekunden und bethätigen die gesetzgebenden Körper Deutschlands, Fürsten, Bundesrath, Reichstag und die besitzenden Klassen, den Bedürfnissen der unbemittelten Bevölkerungsklassen opferwillig gerecht zu werden. Geringschätzigkeit und Hohn verdient das sich auf dem Boden der Kaiserbotschaft erhebende Sozialreformwerk keineswegs — wohl aber bedarf es des Schutzes der Staatsgewalt gegen die Zerstörungspläne der Revolutionäre.

Als eines Mittels dazu bedient sich die Reichsregierung des Sozialistengesetzes. Es beabsichtigt nicht die Vernichtung der Sozialdemokratie, sein eigentlicher Zweck ist: diejenigen Schichten der Bevölkerung, die ihrer ganzen wirthschaftlichen Lage nach der Verführung revolutionärer Agitatoren ausgesetzt sind, womöglich von diesen Einflüssen frei zu halten. Insofern hat das Sozialistengesetz erheblichen Nutzen geschaffen. Es enthält harte Bestimmungen, wie nicht zu leugnen; die härteste ist der kleine Belagerungszustand, den der Bundesrath über jene Distrikte verhängt, in denen, als den Hauptcentren, sich die Gefahren am meisten verdichten, denen das Sozialistengesetz vorbeugen soll. Im Reichstage legte nun der Bundesrath die vorgeschriebene Rechenschaft über die Ausführung des über Hamburg und Berlin verhängten Belagerungszustandes ab. Zu einer Abstimmung kommt es dabei nicht, wohl aber zu einer Aussprache. Natürlich erhoben die Sozialdemokraten bittere Beschwerde über die Handhabung des Gesetzes. Der preußische Minister des Innern, v. Puttkamer, führte sie auf ihre wahre Bedeutung zurück. Er sprach unumwunden aus, daß die Regierungen selbst lebhaft den Zeitpunkt herbeiwünschten, wo sie auf jenes Ausnahmegesetz verzichten könnten. Die Voraussetzung dabei ist die, daß die Sozialdemokratie die Brücke zur Revolution abbricht und ihre Verbindungen mit den Anarchisten gründlich löst. Herr Liebknecht nennt freilich dieses Verlangen ein „Zu Kreuze kriechen". Wie unerläßlich aber die Forderung eines Bruchs zwischen der „parlamentarischen", der „gemäßigten" Sozialdemokratie und der revolutionären Anarchistenpartei ist, dafür brachte der Minister v. Puttkamer ein unwiderlegliches Beweisstück bei.

Er hatte zuerst den Sozialdemokraten vorgeführt, daß das Sozialistengesetz sie gezwungen habe, gemäßigter aufzutreten und ihre Gedanken über Sozialreform in gesetzgeberische Gestalt zu kleiden. Er zielte damit auf das von dieser Seite eingebrachte Arbeiterschutzgesetz. Dasselbe enthält, wie auch schon von uns betont, eine Reihe von Vorschlägen, die seitens der Konservativen und des Centrums ebenfalls beantragt sind. Zum Theil gehen sie über dieselben hinaus, sie sind radikaler; so fordert das Centrum einen 11stündigen Maximalarbeitstag, den die Sozialdemokraten durch einen nur 10stündigen überbieten zu sollen glauben. Es wäre zwecklos, jetzt hierauf und auf andere Einzelheiten einzugehen; der sozialdemokratische Vorschlag bewegt sich im Ganzen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung. Nur in einem Punkte überschreitet er ihn: die Arbeiterkammern sollen die Minimalhöhe des Lohnes festzustellen haben. Damit greift die Sozialdemokratie einseitig in die jetzige Weltordnung ein. Mit der Feststellung des Lohnes auf keine andere Weise als durch Vereinbarung zwischen Dem, der ihn zu bezahlen hat: dem Unternehmer und dem Lohnempfänger, also mit dem von Dritten, von Abgeordneten festzustellenden Lohne, ist jedes Privatunternehmen künftig unmöglich; dann haben wir den sozialdemokratischen Zwangsstaat. Die Antragsteller hoffen selbst nicht auf die Zustimmung des Reichstages zu dieser unerfüllbaren Forderung — im Uebrigen hatte aber Minister von Puttkamer ganz Recht, als er den Sozialdemokraten zurief: „Wenn Ihr Arbeiterschutzgesetz (mit Ausnahme des erwähnten Punktes) Ihre ganze Weisheit ist, dann können sie ruhig auf der rechten Seite des Reichstages sitzen, die für den Arbeiterschutz die vollsten Sympathien hat." Der Minister ging aber noch weiter. Er schleuderte den Sozialdemokraten den schwerwiegenden Vorwurf zu, daß sie mit dem Züricher Parteiblatte die engsten Beziehungen unterhalten, daß der die Revolution predigende „Sozialdemokrat" das anerkannte Organ auch der parlamentarischen Sozialdemokraten ist und daß dieses Blatt sich nicht scheute, die Ermordung Dr. Rumpff's als einen Akt „wilder Gerechtigkeit" zu glorifiziren. Der Minister bezichtigte die Herren, den Dolch mit geschliffen zu haben, unter dessen Stoße der unglückliche Beamte in Frankfurt verblutete. Man war gespannt, was Liebknecht auf diese wuchtige Anklage erwidern würde? Seine Rede war sehr geschickt. Er kehrte zunächst den Spieß um, indem er erklärte: Die Härte des Sozialistengesetzes dränge leidenschaftliche Naturen zu Gewaltthaten; es habe zwar die Anarchisten aus den Reihen der Sozialdemokraten verstärkt, die Partei selbst aber, im Ganzen, sei von den Anarchisten durch eine breite Kluft geschieden, würde von diesen aufs Schärfste angegriffen und er selbst sei der Zielpunkt heftiger Vorwürfe Seitens der Anarchisten. Liebknecht betonte: schließlich könne er selbst nicht mehr die Revolution zurückhalten, die Zügel würden ihm entschlüpfen. In diesen Ausführungen liegt ein Körnchen Wahrheit, trotz der Großthuerei, daß es lediglich das Verdienst der Führer der Sozialdemokraten sei, wenn es noch nicht zur Revolution gekommen ist. Den besten Schutz dagegen bietet, außer den Machtmitteln des Staates, der gesetzmäßige Sinn der arbeitenden Klassen, die sich hüten werden, zu Ehren ihrer Führer gegen die Bajonette zu stürmen. Noch kann man mit diesem Faktor rechnen; das Bemühen derjenigen Sozialdemokraten, gegen die sich das Sozialistengesetz richtet, ist es freilich, diesen gesetzlichen Sinn der Arbeiter zu untergraben. Und wenn Herr Liebknecht kein Wort des Abscheues über die niederträchtige Frankfurter Mordthat hatte, wenn seine Rede in weitem Bogen um die Hauptbeschuldigung Puttkamers von der sozialdemokratischen Schärfung des Anarchistendolchs herumging, so ist dieses beredte Schweigen kein Zeugniß für die „Harmlosigkeit und Gesetzmäßigkeit" aller Bestrebungen der „gemäßigten" Sozialdemokratie.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 2. Febr.

Berlin. Die Ausfahrten in den letzten Tagen, welche der Kaiser nach seiner Wiederherstellung unternommen und bei günstigem Wetter nunmehr auch täglich wiederholen wird, sind demselben vortrefflich bekommen, wie denn auch das Befinden des Kaisers ein ganz vortreffliches ist. — Dem Tageblatt zufolge hat die türkische Regierung bei Krupp in Essen eine Anzahl 17- und 24-Centimeter-Geschütze für die Marine bestellt. — Mit Rücksicht darauf, daß der portugiesische Handelsminister seine Entlassung genommen hat, dürfte sich die bevorstehende Konferenz des Weltpostkongresses in Lissabon, deren Präsident jener Minister sein sollte und zu dessen Theilnahme sich bereits zwei hohe Reichsbeamte nach Lissabon begeben haben, auf einige Tage verschoben werden. — Aus Dessau wird gemeldet, daß der 91jährige Ehrenpräsident der deutschen Kriegervereine auf der Straße das Unglück hatte, auszugleiten und ein Bein zu brechen. — Auf Grund des Sozialistengesetzes wurden die Zeitungen Münchner Extrablatt und Gerichtszeitung, sowie Harzer Post von der bayerischen Regierung verboten. — Die „Nationalzeitung" bespricht den Auslieferungsvertrag mit Rußland und sagt: Wogegen man sich in weiten Kreisen auf der natürlichen Abneigung gegen die Preisgebung verfolgter aber nicht gemeingefährlicher Menschen sträubt, ist erstens die Hereinziehung von Beleidigungen des russischen Herrscherhauses in den Kreis der Delikte, wegen welcher ausgeliefert werden soll. Eine solche kann in politischen Kämpfen, namentlich unter Zuständen wie die russischen, vorkommen, ohne daß sie in einer ehrlosen Gesinnung ihren Ursprung hat, und kann auch nicht als gemeingefährlich gelten. Das zweite Bedenken richtet sich im Allgemeinen dagegen, daß die bloße Anschuldigung oder Anklage russischerseits genügen soll, damit die betreffenden deutschen Behörden die Persönlichkeiten ausliefern. Man hat nicht die Ueberzeugung, daß eine solche Anschuldigung oder Anklage nur dann erfolgen wird, wenn wirklich der Thatbestand eines der Verbrechen, wegen deren ausgeliefert werden soll, gegen die verfolgte Persönlichkeit vorliegt. Es ist nothwendig, daß entweder den deutschen Behörden das Recht vorbehalten wird, die Stichhaltigkeit der erhobenen Beschuldigung zu prüfen, oder daß vereinbart wird, die ausgelieferten Personen dürften nicht wegen anderer Handlungen als der in dem Auslieferungsbegehren bezeichneten zur Verantwortung gezogen werden.

Berliner Börse. Der Beginn der heutigen Börse stand unter dem Einflusse abgeschwächter Notirungen. Man sprach von der Zahlungseinstellung einer festen böhmischen Zuckerfabrik und von starken Verlusten, welche die Kreditanstalt angeblich erleiden soll. Letzteres wurde entschieden dementirt, später trat hier eine starke Befestigung ein. Es herrschte starke Nachfrage und die Course wurden auf allen Gebieten höher. Die leitenden Banken befestigten sich nach schwächerem Beginn wesentlich, auf dem Eisenbahnmarkte dokumentirte sich eine besonders günstige Meinung. Ostpreußen gewannen 2 Prozent, Mecklenburger 1½ Prozent, Elbthalbahn 5 M., Gotthardbahn 1 Prozent. Bergwerke zwar im Ganzen ruhig, doch nicht unbeträchtlich höher. Fremde Renten gut behauptet, Türken und Egypter behauptet. Im Kassaverkehre Eisenbahnen vorwiegend höher, Banken fest, ebenso Montanwerthe. Industrien theilweise recht belebt, höher wurden Schönberg, Lauchhammer und Hartmann. Deutsche Fonds anziehend, österreichische Prioritäten fest, Privat-Diskont 2⅝ Prozent.

Frankfurt a. M., 2. Februar. Credit 2..¾. Staatsbahn 2... Lombarden 10..¾. [illegible] —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 22..¾. Oesterr. Goldrente —. 6% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanl. —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Diskonto 20..,.. Egypter 6..¾. Gotth.-B. —. Serben —. Fest.

Paris, 2. Februar. Schluß. Rente 80,50. Anleihe 109,32 excl. Italiener 97,00. Staatsbahn 632,50. Lombarden 311,75. do. Prioritäten —. Spanier 347,00. Oest. Goldrente —. Egypter 69,50. Ottomanen 607,00. Fest. Renten Ende Februar.

Paris (Produkten), 2. Februar. (Schluß.) Weizen Februar 21,00 Mai-August 22,25, behauptet. Spiritus per Februar 16,25. Mai-August 17,00. Ruhig. Rüböl per Februar 65,20, Mai-August 67,50. Ruhig.

Amsterdam (Produkten), 2. Februar. (Schluß.) Weizen per Mai 210,00, behauptet. Roggen per März 156,00, per Mai 154, matt.

London, 2. Februar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100[illegible]. 1873er Russen 97½. Italiener 96½. Lombarden 12[illegible]. Türken 8[illegible]. 4% fund. Amerik. 124½. 4% Ungar. Goldrente 79[illegible]. Oesterr. Goldrente 87½. Preußische Consols 101½. Egypter 69[illegible]. Ottomanbank 14[illegible]. Suez-Actien 7[illegible]. — Stimmung: Fest. — Wetter: Schön.

Stettin, 2. Februar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen ruhig, loco 142—163, pr. April-Mai 167,50, pr. Mai-Juni 170,00. Roggen unverändert, loco 133—138, pr. April-Mai 144,50, pr. Mai-Juni 145,00. Rüböl unverändert, 100 Kg. pr. Januar 50,00, pr. April-Mai 51,50. Spiritus fest, loco 43,00, pr. April-Mai 44,20, Juni-Juli 45,20. Petroleum loco 8,10.

London, 2. Februar. Englischer Weizen nominell, fremder ruhig, voll 1 Sh. niedriger, Mehl 1 Sh., Amerikanischer Mais ½ Sh. Mahlgerste, Hafer ¼—½ Sh., engl. Malzgerste ½—1 Sh. gegen vorige Woche billiger. Fremde Malzgerste, runder Mais fest. Angekommener ruhig. — Wetter: Schön.

Lokales und Sächsisches.

— Der königliche Kutscher Julius Dürigen erhielt das allgemeine Ehrenzeichen.

— Der Cantor an der hiesigen K. Russ. Gesandtschaftskirche Herr Friedrich Franke erhielt in Anerkennung seiner Verdienste um den russischen Kirchengesang, den er in beinahe 22jähriger Thätigkeit in der hiesigen griechisch-katholischen Gemeinde in hervorragender Weise pflegt, von Sr. Majestät dem Kaiser Alexander III. die große goldene Verdienstmedaille am Bande des St. Annenordens. Die große silberne Verdienstmedaille am Bande des Stanislausordens erhielt der Kastellan der Kirche, Eichler. Beide Dekorationen wurden den Ausgezeichneten durch den Prediger der Kirche unter feierlicher Ansprache im Gotteshause überreicht.

— Am 5 d. (Donnerstag) Vormittags 11 Uhr wird in der katholischen Hofkirche zum Jahresgedächtniß für die hochselige Frau Prinzessin Georg ein feierliches Requiem abgehalten.

— Ein der Königl. Wasserbaudirektion gestern Vormittag 9 Uhr 20 Min. aus Bodenbach zugegangenes Telegramm lautete: Wasserstand 180 Ctm. über Null. Eisstand unverändert. Temperatur Null, bewölkt.

— Das am 12. d. M. beim Staatsminister Grafen v. Fabrice stattfindende Maskenfest setzt schon seit Wochen unsere aristokratischen Kreise in fieberhafte Erregung. Nicht weniger als fünf selbstständige Quadrillen, an denen schon lange mit Hingebung von den Betheiligten täglich geprobt wird, sollen zu glanzvollster Ausführung gelangen, von sonstigen Aufzügen und Ueberraschungen unterbrochen. Alles erscheint in Maske und ein Hauptreiz für unsere noch harmlos-intriguanten Abenteuern zugängliche fashionable junge Welt besteht schon jetzt darin, auf diplomatischem Wege herauszubringen, als was Diese und Jene bei dem Feste erscheinen. Denn „in hoc signo vinces" ist für manches hoffende Herz die Parole.

— Hausmarschall Graf von Vitzthum ist wieder nach Dresden zurückgekehrt und es weht nun auf Schloß Sybillenort das sächsische Königsbanner, nachdem das Geschäft der Uebernahme dieses Theiles der braunschweigischen Erbschaft für Se. Maj. König Albert formell beendet wurde.

— In dem bereits gestern erwähnten Vortrage des Herrn Professor Dr. Wattenbach über „den Rückgang des deutschen Einflusses im östlichen Grenzgebiet", gingen einleitende Worte des Herrn C. Gurlitt, Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen im allgemeinen deutschen Schulverein, voraus. Derselbe entwarf ein kurzes Bild von dem Vereine und bezeichnete als dessen Aufgabe hier wie allerorten: die Kräftigung und Erhaltung des Deutschthums außerhalb des deutschen Reiches, namentlich in Oesterreich-Ungarn. Die Gründe, warum der deutsche Schulverein so bedeutende Fortschritte gemacht und an Ausdehnung gewonnen habe, suchte der Herr Vorsitzende darin, daß sich der Verein von Politik und Religion fern gehalten und Männer aus allen Lebensstellungen, ohne nach ihrer Partei- und Religionsrichtung zu fragen, aufgenommen habe. Herr Professor Dr. Wattenbach führt zunächst in seinem Vortrage aus, daß sich in Sachsen ein lebhafteres Interesse für den Verein bekunde, als irgendwo anders. Die Nachbarschaft Böhmens trage viel hierzu bei, reiche doch die czechische Ueberfluthung bis nahe an die Grenzen! Nach einem historischen Ueberblicke über den Verlauf der bedeutsamen Bewegung zeigte der Herr Vortragende, wie der Neid die Hauptschuld der deutsch-feindlichen Demonstrationen sei. Der Deutsche sei auf allen Märkten da; wenn schon früher seine Konkurrenz gefürchtet wurde, so sei dies heute, wo der Käufer immer mehr Geschmack an deutscher Waare gewinne, in noch höherem Grade der Fall. Die Schulverhältnisse hätten in Oesterreich-Ungarn unter dem deutsch-feindlichen Haß und Druck zu allermeist zu leiden. Die kleineren Gemeinden daselbst fänden, daß es zu kostspielig sei, zwei Schulen zu unterhalten. Wo nur wenige Deutsche wohnten, sei kein Schullokal für sie zu haben. Der Verlust der deutschen Schule sei aber gleich einem Kulturverlust. Was der Schulverein oft unter großen Opfern erst zu Stande gebracht habe, zerstöre eine einzige Verordnung, so sei das Schullehrerseminar zu Laibach ohne Weiteres geschlossen worden. Man dürfe gegen die Bitten des Schulvereins nicht taub sein und müsse hoffen, daß in Oesterreich-Ungarn eine Wendung der Dinge einträte, sei es doch durch die Deutschen erst groß geworden. Die ultramontane Partei stehe den deutschen Bestrebungen ebenfalls feindlich entgegen, so habe im deutschen Reichstage das Centrum die Unterstützung für den deutschen Schulverein abgelehnt. In Ungarn lägen die Verhältnisse am schlimmsten, man suche dort in einer slavisch-katholischen Monarchie das Heil. Seit dem Ministerium Taaffe gelte das deutsche Element nicht mehr als zuverlässig. Es sei heilige Pflicht, unsere Stammesbrüder zu unterstützen, wo Lebensfragen des Deutschthums entschieden werden. Mehr noch als Geldunterstützung wirke bei den Bedrängten das Gefühl, daß sie im Kampfe gegen die Unterdrückung des Deutschthums nicht allein ständen.

— In Sachen der zum Tode verurtheilten Anarchisten Reinsdorf u. Gen. hat Se. Maj. der Kaiser noch nicht Entschließung gefaßt, ob er den Tod bestätigen oder Begnadigung eintreten lassen soll. Dies wird von der „Lpz. Ztg." als authentisch mitgetheilt und zwar erfolgte die Mittheilung zur Widerlegung des in Leipzig und Halle allen Ernstes verbreiteten Gerüchtes, die Verbrecher seien dieser Tage früh 6 Uhr im Zuchthaus zu Halle durch den Scharfrichter Krauts aus Berlin hingerichtet worden.

— Ein sehr bedenkliches Manöver ist es, wenn Jemand es versucht, bei einem in Untersuchungshaft Befangenen, heimlich Korrespondenzen einzuschmuggeln. So soll dieser Tage ein hiesiger studirter Mann, welcher obiges versucht hat, selbst in Untersuchung genommen worden sein und dürfte auch die Erhaltung seiner sonstigen Stellung sehr in Frage kommen.

Vernickelungs-Anstalt Schladitz & Bernhardt, 10 Wettinerstrasse 10.

SLUB
Wir führen Wissen.